

Niederschrift
über die 21. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses
am 29.11.2018 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Natus-Can M.A., Astrid
Pütz, Susanne
Rubin, Dirk
Tondorf, Bernd

SPD

Holtmann-Schnieder, Ursula
Lüngen, Ilse
Weiden-Luffy, Nicole Susanne
Schmerbach, Cornelia

für Schultes, Monika

für Schnitzler, Stephan

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Deussen-Dopstadt, Gabi
Schmitt-Promny M.A., Karin

FDP

Hermann, Petra

Die Linke.

Meurer, Dieter

FREIE WÄHLER

Fink, Hans-Jürgen beratendes Mitglied

ab 10:00 Uhr

Wohlfahrtsverbände/Jugendverbände

Kavermann, Cornelia
Koch, Susanne
Mecklenburg, Roland
Künstler, Martin
Mommer, Michael
Dr. Kaerger-Sommerfeld, Hanna
Hardt-Zumdieck, Dagmar

bis 11:45 Uhr
für Primus, Sarah

für Otto, Jürgen
für Siemens-Weibring, Helga

beratende Mitglieder

Alich-Meyer, Roswitha
Diaz, Antonio
Dr. Drubel, Stefan
Ehmann, Tobias
Dr. Lange, Rudolf
Pabst, Barbara
Sütterlin-Müsse, Maren
Weidinger, Claus A.

ab 10:10 Uhr

Verwaltung:

LVR-Dezernent Jugend	Herr Bahr
Leiter LVR-Fachbereich Querschnittsaufgaben und Transferleistungen	Herr Bruchhaus
Leiterin LVR-Fachbereich Kinder und Familie	Frau Clauß
Leiter LVR-Fachbereich Jugend	Herr Göbel
LVR-Dezernentin Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung	Frau Prof. Dr. Faber (TOP 3)
LVR-Fachbereich Jugend	Frau Abels (TOP 9)
Universität Siegen	Prof. Dr. phil. Rüdiger Kißgen (TOP 4)
LVR-Fachbereich Querschnittsaufgaben und Transferleistungen	Frau Fischer-Gehlen (Protokoll)

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 20. Sitzung vom 13.09.2018
3. Systemorientierte Unterstützung schulischer Inklusion **14/2973 E**
4. Inklusion von Kindern mit Behinderung im Bereich frühkindlicher Bildung
- 4.1. Inklusion von Kindern mit Behinderung im Bereich frühkindlicher Bildung - Zwischenbericht der Rheinland-Kita-Studie zur qualitativ-empirischen Online-Erhebung von Leiterinnen und Leitern **14/3050 K**
- 4.2. Inklusion von Kindern mit Behinderung im Bereich frühkindlicher Bildung - Zwischenbericht zur Rheinland-Kita-Studie
5. Aktuelle Entwicklungen in der frühkindlichen Bildung
6. Aktueller Sachstand zum BTHG - Mündlicher Bericht
7. Impulspapier "Kinder- und Jugendarmut begegnen: Kommunen, Land NRW und Bund sind gefordert" **14/2789 B**
8. Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII **14/3057 B**
9. Projekt "Gehört werden!" - Zwischenbericht zum aktuellen Stand **14/3041 K**
10. Ausschreibung zur Initialförderung 2019 gem. § 85 Abs. 2 Ziffer 4 SGB VIII **14/3086 K**
11. Mitteilungen der Verwaltung
12. Anfragen und Anträge
13. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

14. Niederschrift über die 20. Sitzung vom 13.09.2018
15. Zukunft der Modellförderung - Bericht aus dem Interfraktionellen AK vom 19.11.2018 **14/3065 K**
16. Anfragen und Anträge
17. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:

09:30 Uhr

Ende öffentlicher Teil:	11:50 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	12:00 Uhr
Ende der Sitzung:	12:00 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet **die Vorsitzende** Herrn Mommer auf gewissenhafte und gesetzmäßige Wahrnehmung seiner Aufgaben als sachkundiger Bürger im Landesjugendhilfeausschuss.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2

Niederschrift über die 20. Sitzung vom 13.09.2018

Herr Dr. Drubel bittet um nachfolgende Korrektur zu TOP 7.1:
(...) Nach einer längeren Diskussion, in der Frau Schmitt-Promny, die Vertreterinnen und Vertreter der Jugendverbände **und die Vertreterinnen und Vertreter der freien Wohlfahrtspflege und der Kirchen**(...).

Die Niederschrift über die 20. Sitzung vom 13.09.2018 wird anerkannt.

Punkt 3

Systemorientierte Unterstützung schulischer Inklusion Vorlage 14/2973

LVR-Dezernentin Frau Prof. Dr. Faber erläutert die Vorlage und weist auf den zugrunde liegenden Haushaltsbegleitbeschluss zum laufenden Haushalt hin. Ziel sei, für die Ratsuchenden im Bereich der schulischen Inklusion ein Lotsensystem zu schaffen und kein weiteres paralleles Beratungsangebot zu installieren. Dieses Lotsensystem werde als erste Umsetzungsstufe zunächst dringender gebraucht als weitere Angebote.

Frau Schmitt-Promny und **Herr Dr. Lange** sehen die kommunalen Beratungssysteme gut aufgestellt und angenommen. Eine Änderung der qualitativ guten Beratung sei nicht sinnvoll. **Frau Schmitt-Promny** stellt in Frage, ob dieser systemisch-prozesshafte Ansatz eine Leistung sei, die das Dezernat Schulen zu erbringen habe.

LVR-Dezernentin Frau Prof. Dr. Faber erläutert, dass bei allen Beteiligten Einigkeit darin bestand, dass ein Lotsensystem gewünscht sei. Dies habe auch eine wissenschaftliche Studie zu zwei Modellregionen im Rheinland ergeben. Eltern, die dem System hilflos gegenüber stünden, würden diese Hilfe benötigen. Die bestehenden Beratungsangebote sollen gegebenenfalls qualifiziert werden. Zudem gebe es landesweit derzeit noch keine Lotsenfunktion.

Frau Weiden-Luffy, Herr Tondorf und **Herr Meurer** unterstützen das Vorhaben. Damit könnten gute Synergieeffekte erreicht werden.

Der Landesjugendhilfeausschuss fasst **mehrheitlich** mit **2 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN** und **der Enthaltung einer Person der Träger der freien Jugendhilfe** folgenden empfehlenden Beschluss:

Dem Konzept "Systemorientierte Unterstützung schulischer Inklusion" wird gemäß

Vorlage Nr. 14/2973 zugestimmt.

Punkt 4

Inklusion von Kindern mit Behinderung im Bereich frühkindlicher Bildung

Punkt 4.1

Inklusion von Kindern mit Behinderung im Bereich frühkindlicher Bildung - Zwischenbericht der Rheinland-Kita-Studie zur qualitativ-empirischen Online- Erhebung von Leiterinnen und Leitern

Vorlage 14/3050

LVR-Dezernent Herr Bahr erläutert, dass die Rheinland-Kita-Studie im Jahr 2016 durch Beschluss des Landschaftsausschusses in Auftrag gegeben werden konnte, ein Zwischenbericht vorliege und Herr Prof. Dr. Kißgen unter TOP 4.2 über die qualitative empirische Vertiefungsstudie referieren werde.

Der Zwischenbericht zum Thema "Inklusion von Kindern mit Behinderung im Bereich frühkindlicher Bildung" wird gemäß Vorlage Nr. 14/3050 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2

Inklusion von Kindern mit Behinderung im Bereich frühkindlicher Bildung - Zwischenbericht zur Rheinland-Kita-Studie

Herr Prof. Dr. Kißgen berichtet über die Umsetzung des Forschungsvorhabens in fünf Stufen und vier Themenfeldern, über die Durchführung der Erhebung und erste Ergebnisse. Alle 5.208 in KiBiz.web erfassten Einrichtungen wurden gebeten, den Fragebogen auszufüllen. 1.664 Einrichtungen haben den Fragebogen vollständig ausgefüllt zurückgesandt. Derzeit befindet sich die Rheinland-Kita-Studie in der zweiten Erhebungsphase, in der leitfadengestützte Interviews geführt würden, die inhaltlich an die Ergebnisse der Online-Erhebung anknüpfen würden.

Der Vortrag ist als Anlage (**Anlage 1**) beigefügt.

LVR-Dezernent Herr Bahr weist darauf hin, dass über die Individualleistungen aus dem BTHG und dem neuen KiBiz Platzzahlreduzierungen vorgenommen oder zusätzliche "helfende Hände" eingesetzt werden können. Ziel sei eine qualitativ hochwertige Betreuung von Kindern mit (drohender) Behinderung in Kindertageseinrichtungen.

Frau Weiden-Luffy und **Frau Schmitt-Promny** möchten wissen, ob es möglich sei, dass Erzieherinnen und Erzieher während ihrer Ausbildung ein Pflichtpraktikum mit Kindern mit Behinderung durchführen sollen, um Berührungängste abzubauen bzw. ob auch untersucht werde, ob und wie die Einrichtungen auf die Aufnahme von Kindern mit Behinderung in Bezug auf begleitende Fortbildungen vorbereitet werden. **Herr Prof. Dr. Kißgen** antwortet, dass dies nicht erfragt wurde, aber anhand der Auswertungen noch erfasst werden könne. **Frau Schmitt-Promny** ergänzt, dass bei vielen Mitarbeitenden in den Regeleinrichtungen die Sorge vorherrsche, den Anforderungen an ein Kind mit Behinderung nicht gerecht werden zu können. Auf die Frage von **Herrn Meurer** nach dem zeitlichen Aufwand der Fragebogenaktion für eine Einrichtung antwortet **Herr Prof. Dr. Kißgen**, dass der Aufwand je nach Größe der Einrichtung zwischen 40 Minuten und 3,5 Stunden lag.

Abschließend weist **die Vorsitzende** auf die Abschlussfachtagung zur Rheinland-Kita-Studie hin, die am 07.05.2019 in Köln stattfindet.

Der Vortrag von Herrn Prof. Dr. Kißgen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Aktuelle Entwicklungen in der frühkindlichen Bildung

Die Vorsitzende begrüßt Frau Clauß als Nachfolgerin von Frau Dr. Schneider als LVR-Fachbereichsleiterin Kinder und Familie.

Frau Clauß berichtet zur Weiterentwicklung der Personalvereinbarung und zum U6 Ausbau.

Die überarbeitete Personalvereinbarung zum KiBiz NRW sei im Unterschriftenumlauf. Nach Inkrafttreten werden fünf weitere Personengruppen unter bestimmten Voraussetzungen als Fachkräfte in Kindertagesstätten anerkannt.

Zum Ausbau U6 berichtet sie, dass durch Erlass des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW aus November 2018 die Budgetierung auf Ebene der Jugendämter aufgehoben würde. Daher können aktuell weitere Bewilligungen ausgesprochen werden. Das Land sehe im Haushaltsentwurf 2019 ein weiteres Förderprogramm sowie ab 2020 kontinuierliche Förderung aus Rückflüssen vor.

Der Vortrag von Frau Clauß ist als Anlage (**Anlage 2**) beigelegt.

LVR-Dezernent Herr Bahr lobt die Mitarbeitenden des LVR-Landesjugendamtes, die zusammen mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege und den Kommunalen Spitzenverbänden im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW die Gespräche über die Personalvereinbarungen geführt haben. Ebenso gilt sein Dank den Mitarbeitenden, die den Einstieg in eine dauerhafte Investitionskostenförderung durch das Land NRW mittelfristig bis 2022 verhandelt haben.

Der Vortrag von Frau Clauß wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

Aktueller Sachstand zum BTHG - Mündlicher Bericht

LVR-Dezernent Herr Bahr berichtet, dass aktuell drei Vertragswerke verhandelt würden. Eine Kooperationsvereinbarung zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und den Landschaftsverbänden gem. § 5 AG BTHG NRW existiere bereits, der Entwurf dazu sei den Spitzenverbänden zugeleitet worden.

Der Landesrahmenvertrag zwischen den Rehaträgern und den Trägern der Eingliederungshilfe werde derzeit mit den Kommunalen Spitzenverbänden, den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege und den Landschaftsverbänden verhandelt, ferner die Landesrahmenvereinbarung Frühförderung.

Eine große Herausforderung sei es, die Beratung nach § 106 BTHG zeitnah zu organisieren. Auch sei eine organisatorische Neuaufstellung erforderlich, die im Vorlauf auf den Haushalt 2020/2021 bereits jetzt organisiert werde. Ab Mitte 2019 sei vorgesehen, neue Fachkräfte zu schulen und vorzubereiten.

Die Ergebnisse der Untersuchung mit dem Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik sollen dem Landesjugendhilfeausschuss vorgelegt werden. Das Rundschreiben an die Sozial- und Jugenddezernenten zur Gestaltung der Rechtsnachfolge bei der Aufgabenübertragung werde den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben. Ziel sei, die Rechtsnachfolge so zu gestalten, dass es nicht zu einer Leistungsunterbrechung beim Zuständigkeitswechsel komme. Es werde überlegt, die Altfälle unter Erstattung der Kosten vor Ort weiterlaufen zu lassen und die Neufälle ab 01.01.2020 beim LVR aufzunehmen und zu bearbeiten, damit es für alle Beteiligten einen planbaren Übergang gebe.

Frau Schmitt-Promny schlägt vor, zur prozessualen Begleitung des Gesamtprozesses einen Interfraktionellen AK BTHG einzuberufen.

Die Vorsitzende sagt zu, das bei Bedarf zu prüfen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Punkt 7

Impulspapier "Kinder- und Jugendarmut begegnen: Kommunen, Land NRW und Bund sind gefordert"

Vorlage 14/2789

LVR-Dezernent Herr Bahr informiert darüber, dass die Landesjugendämter gegenüber dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht haben, ein zukünftiges Landesprogramm durch Beratung und Fortbildung der teilnehmenden Kommunen zu unterstützen. Beim LVR-Landesjugendamt bestehe mit der Koordinationsstelle Kinderarmut hierfür die notwendige Organisationsstruktur und Expertise. Er weist darauf hin, dass beim LWL-Landesjugendamt mit der neuen Fachberatung "Prävention und kommunale Netzwerkarbeit" und der projektbezogenen Servicestelle "Gelingendes Aufwachsen - Netzwerke für Kinder" vergleichbare Unterstützungsstrukturen für die Kommunen in Westfalen aktuell aufgebaut würden.

Die Ausschussmitglieder begrüßen das Impulspapier. **Frau Weiden-Luffy** mahnt an, dass der LVR allerdings Kinderarmut nicht verhindern könne. Auf Vorschlag **der Vorsitzenden** und **Frau Schmerbach** soll das Impulspapier den örtlichen Jugendämtern zur Verfügung gestellt werden. **Frau Kavermann** und **Frau Schmitt-Promny** loben das Impulspapier, insbesondere die Verstetigung von Projekten und den Vorschlag der Entbürokratisierung des Bildungs- und Teilhabepaketes.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt **einstimmig**:

Der LVR-Landesjugendhilfeausschuss Rheinland verabschiedet das beiliegende sozialpolitische Impulspapier "Kinder- und Jugendarmut begegnen: Kommunen, das Land NRW und der Bund sind gefordert"

Punkt 8

Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII

Vorlage 14/3057

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt **einstimmig**:

Nach § 75 SGB VIII in Verbindung mit § 25 AG-KJHG NRW wird gemäß Vorlage Nr. 14/3057 der „Katholisches Forum für Erwachsenen- und Familienbildung Krefeld und Viersen e.V.“, Felbelstr. 25 in 47799 Krefeld als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

Punkt 9

Projekt "Gehört werden!" - Zwischenbericht zum aktuellen Stand

Vorlage 14/3041

Frau Abels stellt mittels einer Power-Point-Präsentation den Zwischenbericht vor und lädt ein bis zwei Ausschussmitglieder zur Teilnahme an der jährlich stattfindenden zentralen Veranstaltung vom 06. - 08.05.2019 in die Jugendherberge in Duisburg, Sportpark ein. Der Vortrag ist als Anlage (**Anlage 3**) beigefügt.

Frau Weiden-Luffy fragt, was getan werden könne, damit noch mehr Träger aus den Kommunen in dieses Projekt einsteigen.

Frau Abels antwortet, dass Einrichtungen und Fachkräfte mit einbezogen würden, indem das Thema "Partizipation" in den Kommunen vorgestellt würde.

Die Vorlage Nr. 14/3041 zum Thema "Zwischenbericht zum Projekt "Gehört werden!""

und der Vortrag von Frau Abels werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 10

Ausschreibung zur Initialförderung 2019 gem. § 85 Abs. 2 Ziffer 4 SGB VIII Vorlage 14/3086

LVR-Dezernent Herr Bahr berichtet aus dem Interfraktionellen AK "Zukunft der Modellförderung". Der IAK empfiehlt, die Modellprojektförderung 2019 auszusetzen und die Initialförderung in 2019 fortzuführen.
Zur Fortführung der Diskussion wurde ein Folgetermin für den IAK am 18.03.2019 terminiert.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt **einstimmig** folgenden abweichenden Beschluss:

Die Vorlage Nr. 14/3086 zum Thema "Ausschreibung zur Initialförderung 2019 gem. § 85 Abs. 2 Ziffer 4 SGB VIII" wird zur Kenntnis genommen.

Die Förderung von Modellprojekten wird in 2019 ausgesetzt. Die Initialförderung wird als Förderinstrument auch in 2019 beibehalten und fortgeführt.

Punkt 11

Mitteilungen der Verwaltung

LVR-Dezernent Herr Bahr informiert über den Fachtag im Rahmen der Didacta-Bildungsmesse am 20.02.2019 und den dazu ausliegenden Flyer.

Weiter teilt er mit, dass im Anschluss an den Fachtag in der Zeit von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr eine Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses zum Thema "Fachkräftegewinnung" durchgeführt werde.

Anschließend weist er auf die nächste Sitzung des Interfraktionellen AK "Zukunft der Modellförderung" hin, die am 18.03.2019 stattfinden solle. Die Terminankündigung wurde bereits versandt.

Abschließend weist er auf die ausgelegte Broschüre "Medizinische und pflegerische Versorgung in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege" hin, die überarbeitet wurde.

Die Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 12

Anfragen und Anträge

Es liegen keine Anfragen und Anträge vor.

Punkt 13
Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

Langerwehe, 27.12.2018

Die Vorsitzende

N a t u s - C a n

Köln, 12.12.2018

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

B a h r - H e d e m a n n

Rheinland-Kita-Studie: Inklusion von Kindern mit Behinderung

- Bericht im Landesjugendhilfeausschuss -

29.11.2018
LVR-Landeshaus - Köln

Forschungsgruppe der Universität Siegen
Lehrstuhl für Entwicklungswissenschaft und Förderpädagogik (Inklusion)

Univ.-Prof. Dr. phil. Rüdiger Kißgen
Julia Austermühle (M.Sc.), Dr. phil. Jessica Carlitscheck, Carina Hübner (Dipl. Päd.),
Dr. phil. Sebastian Franke, Daniela Limburg (M.Sc.), Joachim Wöhrle (M.Sc.)

Allgemeine Vorgaben

- Anfertigung einer Bestandsaufnahme zum Stand der quantitativen und qualitativen Umsetzung von Inklusion in Tageseinrichtungen für Kinder: Teilhabechancen von Kindern mit (drohender) Behinderung im Alter von 0 bis 6 Jahren
- Identifikation nicht steuerbarer Wirkfaktoren
- Aufdeckung von Steuerungsspielräumen in der inklusiven Entwicklung von Kindertageseinrichtungen

Umsetzung des Forschungsvorhabens: 5 Stufen

Stufe 1	Systematische Literaturrecherche	1 Monat
Stufe 2	Planung und Umsetzung der quantitativ-empirischen Hauptuntersuchung	7 Monate
Stufe 3	Planung und Umsetzung der qualitativ-empirischen Vertiefungsstudie	10 Monate
Stufe 4	Dissemination der Ergebnisse an die fachlichen und politischen Instanzen des LVR	2 Monate
Stufe 5	Dissemination der Ergebnisse an die (Fach-)Öffentlichkeit	4 Monate

4 Themenfelder

	Kitas mit KmB	Kitas ohne KmB
Betreute Kinder	28 Items	16 Items
Einrichtung	29 Items	29 Items
Team	17 Items	17 Items
Leitung	20 Items	20 Items
Itemsumme:	94 Items	82 Items

LOGISTIK UND DURCHFÜHRUNG DER ERHEBUNG

- **Pretest**
 - Fragestellungen:
 - Verständlichkeit der Items
 - Funktionalität des Online-Fragebogens
 - Zielgruppe des Pretests (n=7):
 - 4 stellvertretende Leitungen
 - 3 Pädagogische Fachkräfte
 - **Pretestphase: 04. bis 27.09.2017** (4 Phasen mit Reviews und Adaptation)
- **Online-Befragung: Oktober/November 2017**

- Von 5.208 in KiBiz.web erfassten Tageseinrichtungen für Kinder im Rheinland konnten 5.065 Einrichtungen per Mail erreicht werden
- Von 5.065 erreichten Einrichtungen haben 2.577 (50,9%) Einrichtungen teilgenommen
 - 1664 **vollständig** bearbeitete Fragebögen (32,9%)
 - 1682 **mindestens zu 50%** bearbeitete Fragebögen (33,2%)

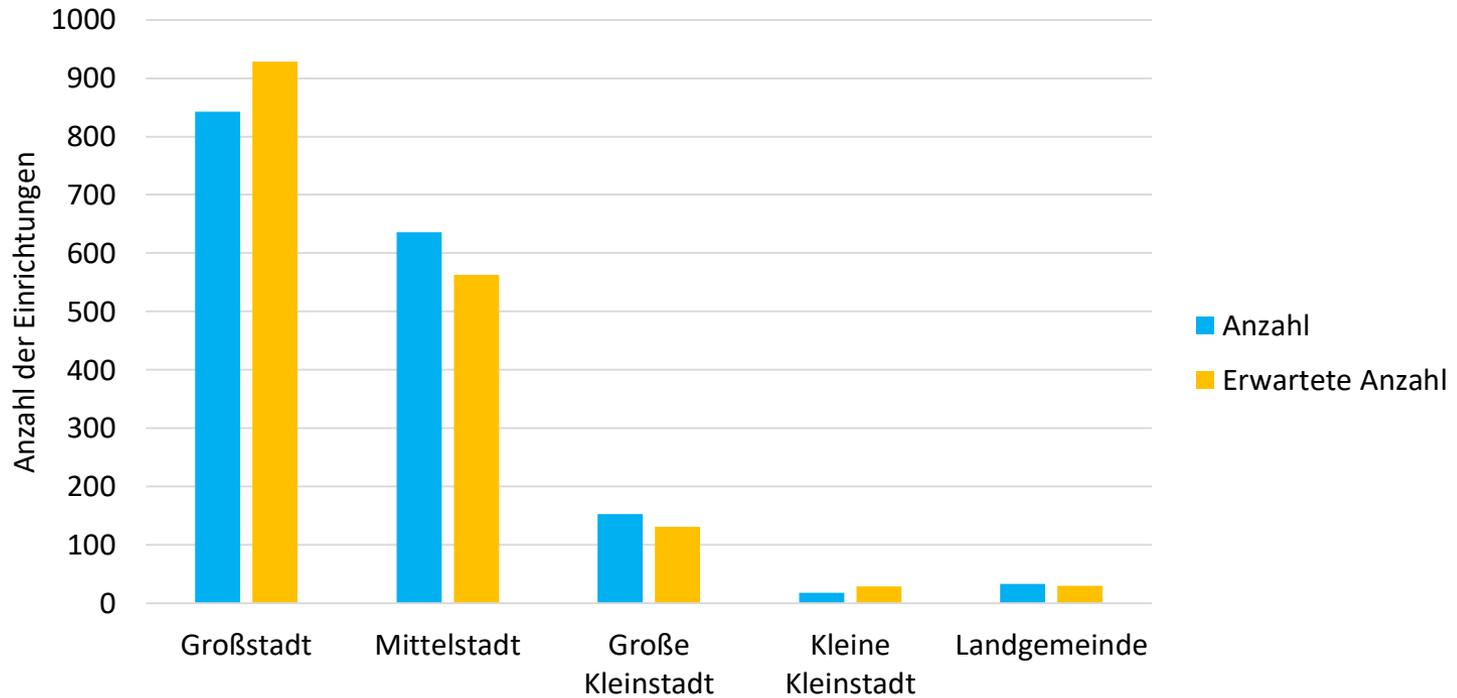
Befragung der Non-Responder (N=2.494)

	N	%
Wir hatten nicht die Zeit, den Fragebogen zu bearbeiten.	352	76.7
Wir hatten technische Probleme.	26	5.7
Unser Träger hat die Teilnahme an der Studie untersagt.	1	0.2
Für unsere Einrichtung ist das Thema der Studie ohne Bedeutung.	3	0.7
Wir glauben, dass der Datenschutz nicht ausreichend gewährt ist.	3	0.7
Anderer Grund	48	10.5
Total	433	94.3
Fehlend	26	5.7
Gesamt	459	100

Teilnahmequote der Non-Responder: 18.4%

Teilnahmequote in den Städten und Kreisen

LVR Mitgliedskörperschaft	Anzahl der kontaktierten Einrichtungen	Rücklaufquote
Oberbergischer Kreis	145	0.54
Remscheid	57	0.54
Oberhausen	80	0.46
Rheinisch-Bergischer-Kreis	143	0.45
Rhein-Erft-Kreis	253	0.42
Rhein-Sieg-Kreis	366	0.43
Kreis Heinsberg	124	0.43
Kreis Kleve	157	0.40
Solingen	87	0.38
Kreis Wesel	219	0.40
Rhein-Kreis Neuss	224	0.38
Essen	264	0.36
Mönchengladbach	125	0.30
Kreis Viersen	143	0.29
Mülheim an der Ruhr	89	0.29
Wuppertal	186	0.30
Kreis Mettmann	223	0.28
Düsseldorf	362	0.29
Köln	649	0.29
Krefeld	104	0.30
Leverkusen	66	0.29
StädteRegion Aachen	301	0.26
Bonn	197	0.26
Kreis Düren	151	0.22
Duisburg	190	0.21
Kreis Euskirchen	130	0.20

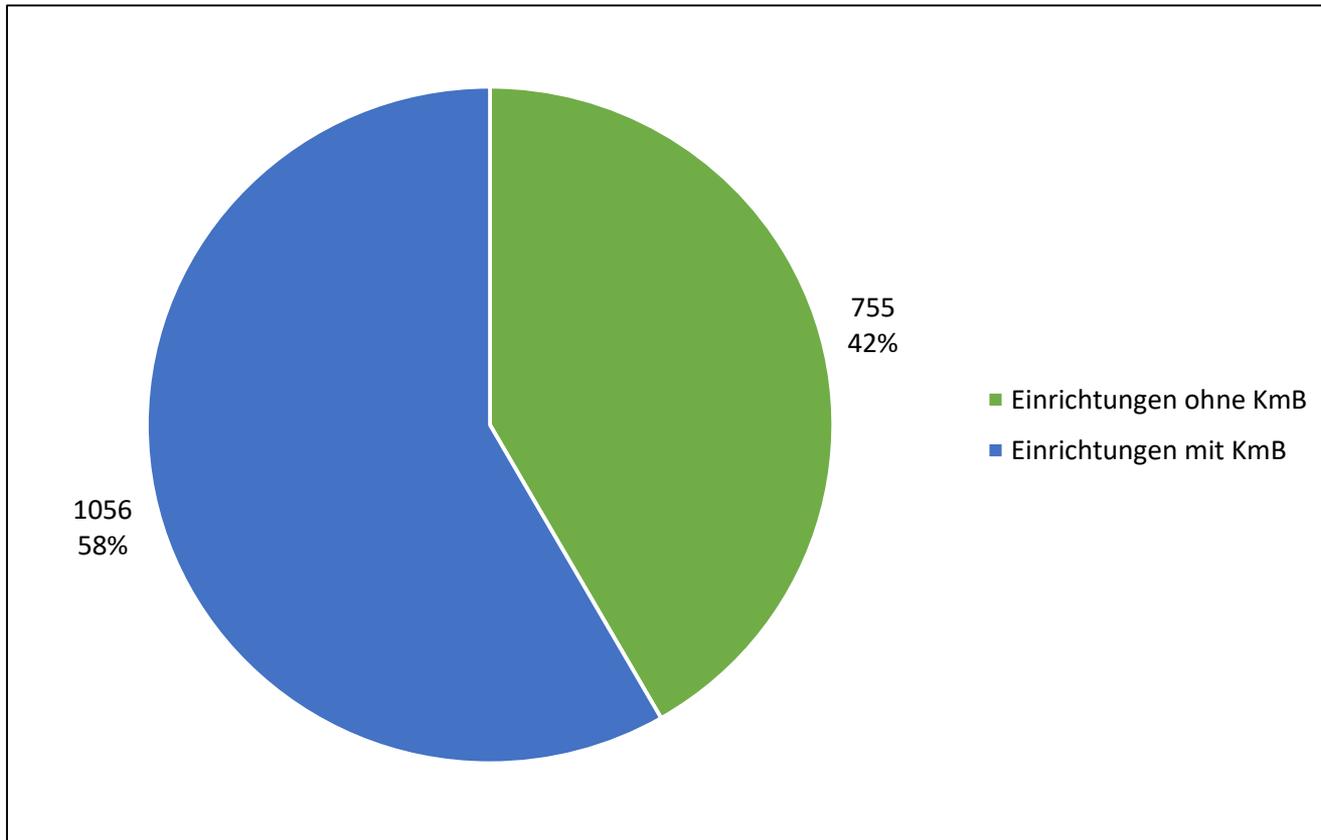


Definition der Lage:

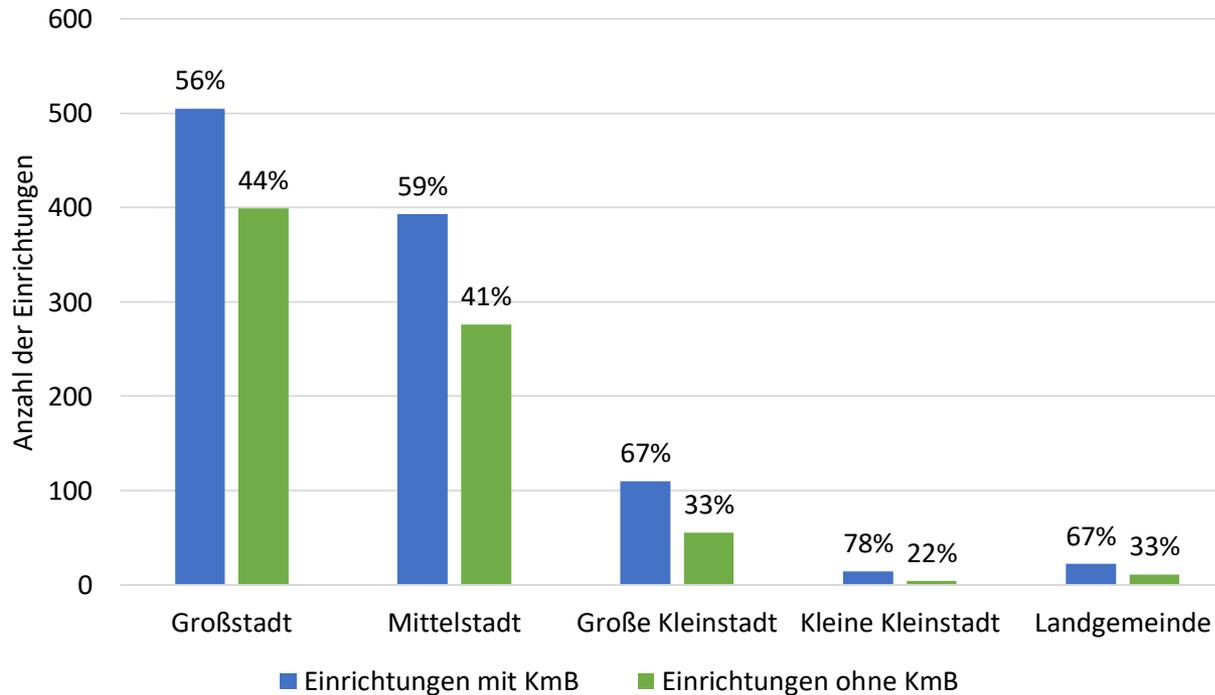
Landgemeinde < 5.000 Einwohner; **Kleine Kleinstadt** 5.001 - 10.000 Einwohner; **Große Kleinstadt** 10.001 - 20.000 Einwohner; **Mittelstadt** 20.001 - 100.000 Einwohner; **Großstadt** > 100.000

ERSTE ERGEBNISSE

Einrichtungen mit und ohne KmB in der Stichprobe



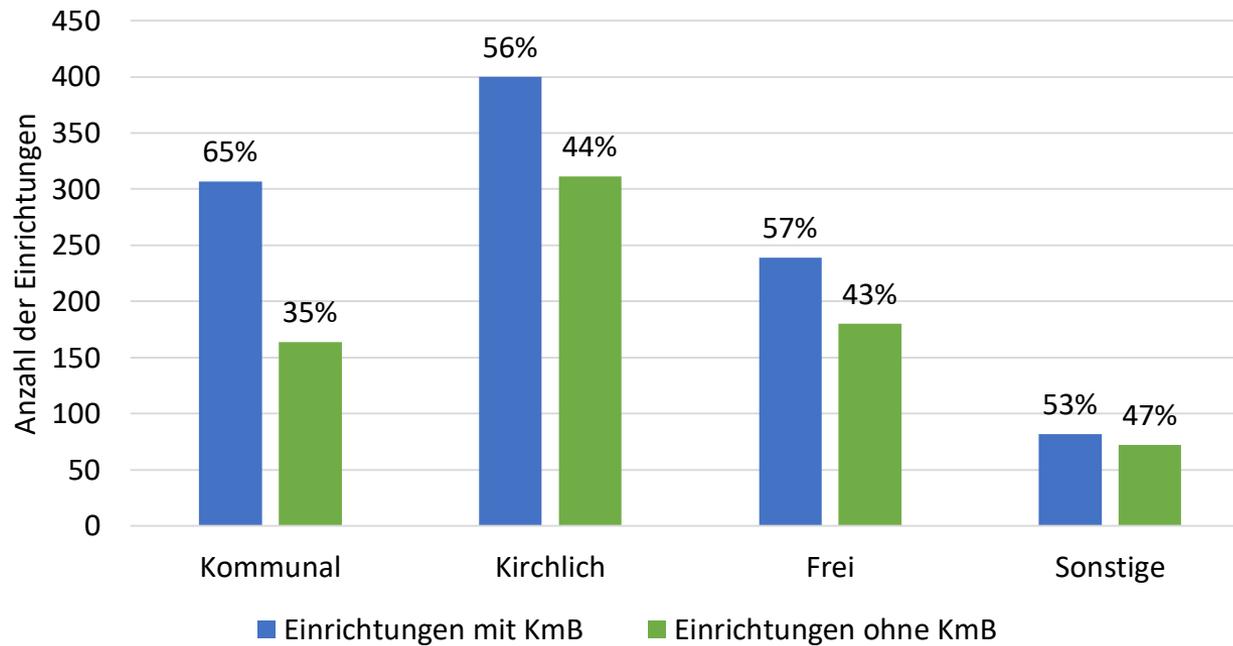
Verteilung von Einrichtungen nach Lageparametern



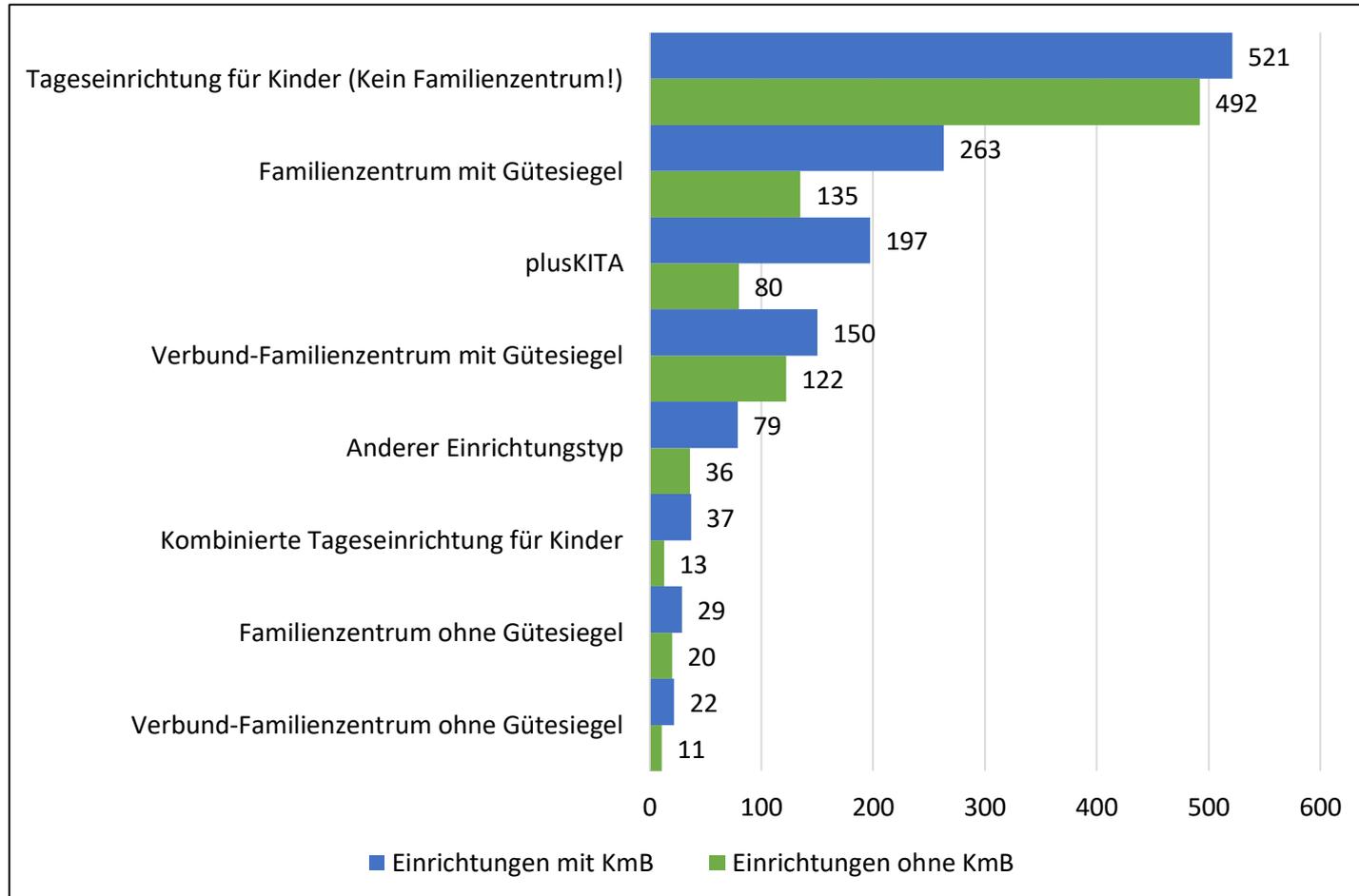
Definition der Lage:

Landgemeinde < 5.000 Einwohner; **Kleine Kleinstadt** 5.001 - 10.000 Einwohner; **Große Kleinstadt** 10.001 - 20.000 Einwohner; **Mittelstadt** 20.001 - 100.000 Einwohner; **Großstadt** > 100.000

Verteilung von Einrichtungen nach Trägerzugehörigkeiten

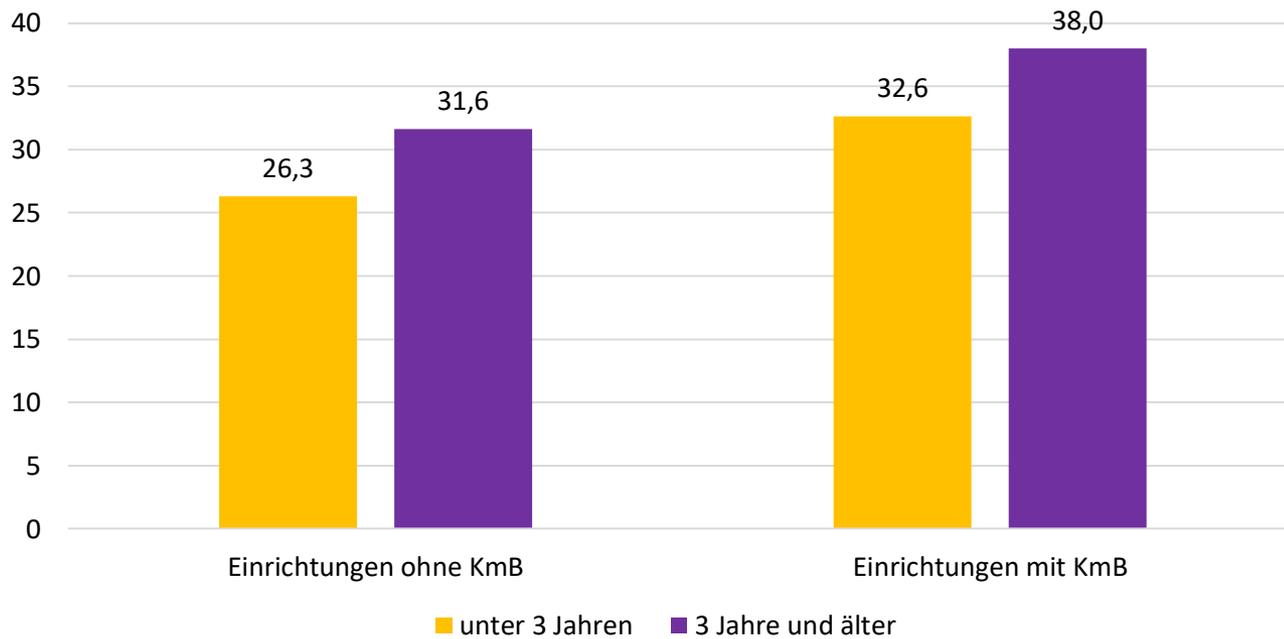


Anzahl der teilnehmenden Einrichtungstypen

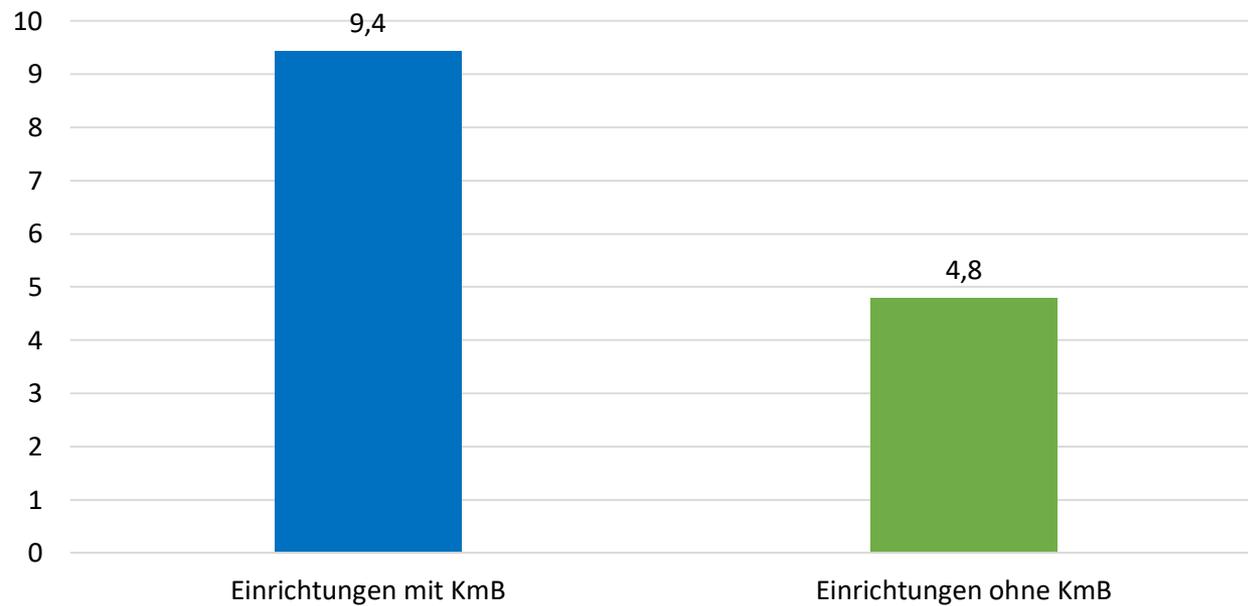


	Gesamt		Einrichtungen ohne KmB		Einrichtungen mit KmB	
	Ja		Ja		Ja	
	<i>N</i>	%	<i>N</i>	%	<i>N</i>	%
Liegt ein gültiges Einrichtungskonzept vor?	1483	95,6	619	94,4	864	96,5
Das Einrichtungskonzept nimmt Bezug zum Thema Inklusion bei KmB.	984	64,7	292	45,3	692	79,1
Das Einrichtungskonzept geht auf Vernetzung mit anderen Institutionen ein.	1362	89,8	555	87,1	807	91,7
Das Einrichtungskonzept geht auf den Übergang der Kinder in die Schule ein.	1299	85,5	538	84,2	761	86,4

Prozentualer Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund



Durchschnittlicher Anteil der Risikokinder



Inanspruchnahme zusätzlicher Leistungen von Kindern mit Behinderung

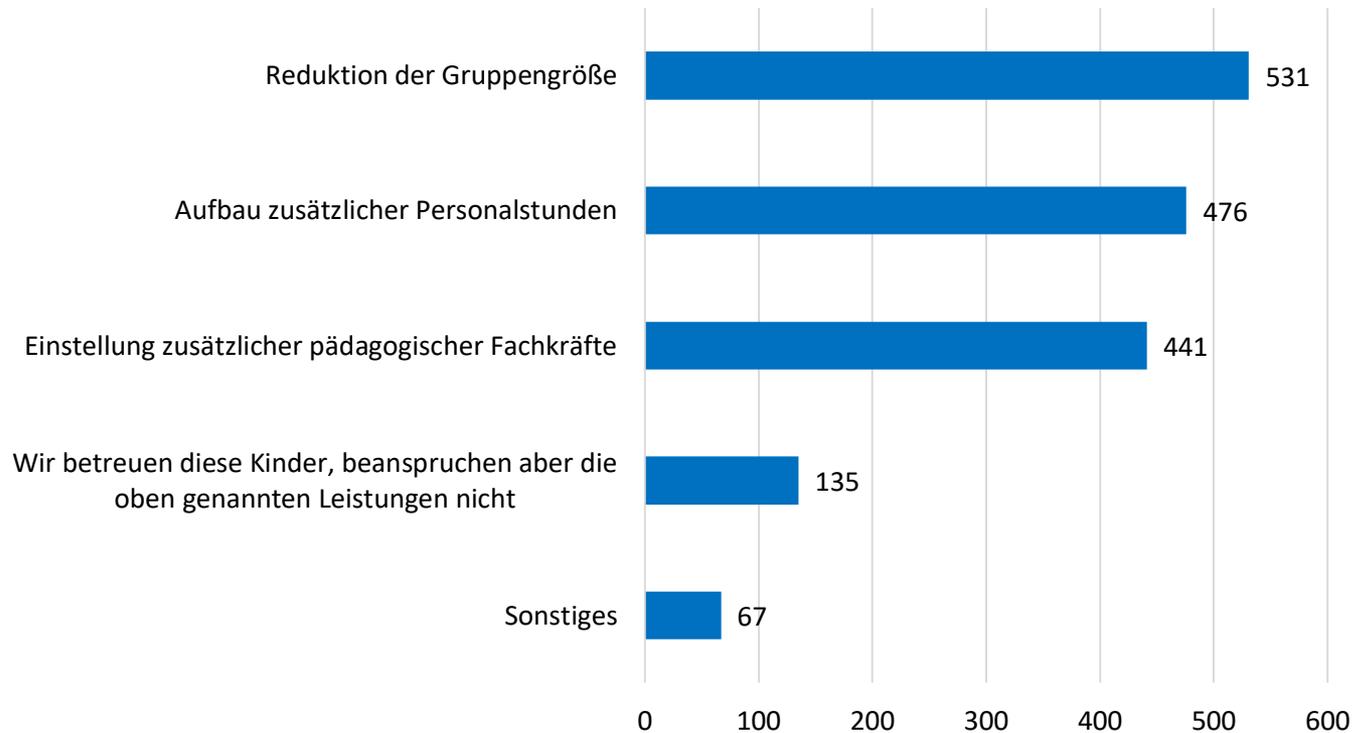
				N_E	N_K	M	SD	Min	Max
Anzahl betreuter Kinder mit (drohender) wesentlicher Behinderung	U3			726	218	0,30	0,75	0	12
	Ü3			752	3441	4,58	4,65	0	47

Inanspruchnahme der erhöhten Kindpauschale nach KiBiz	U3			963	199	0,21	0,70	0	11
	Ü3			964	2980	3,01	4,03	0	20

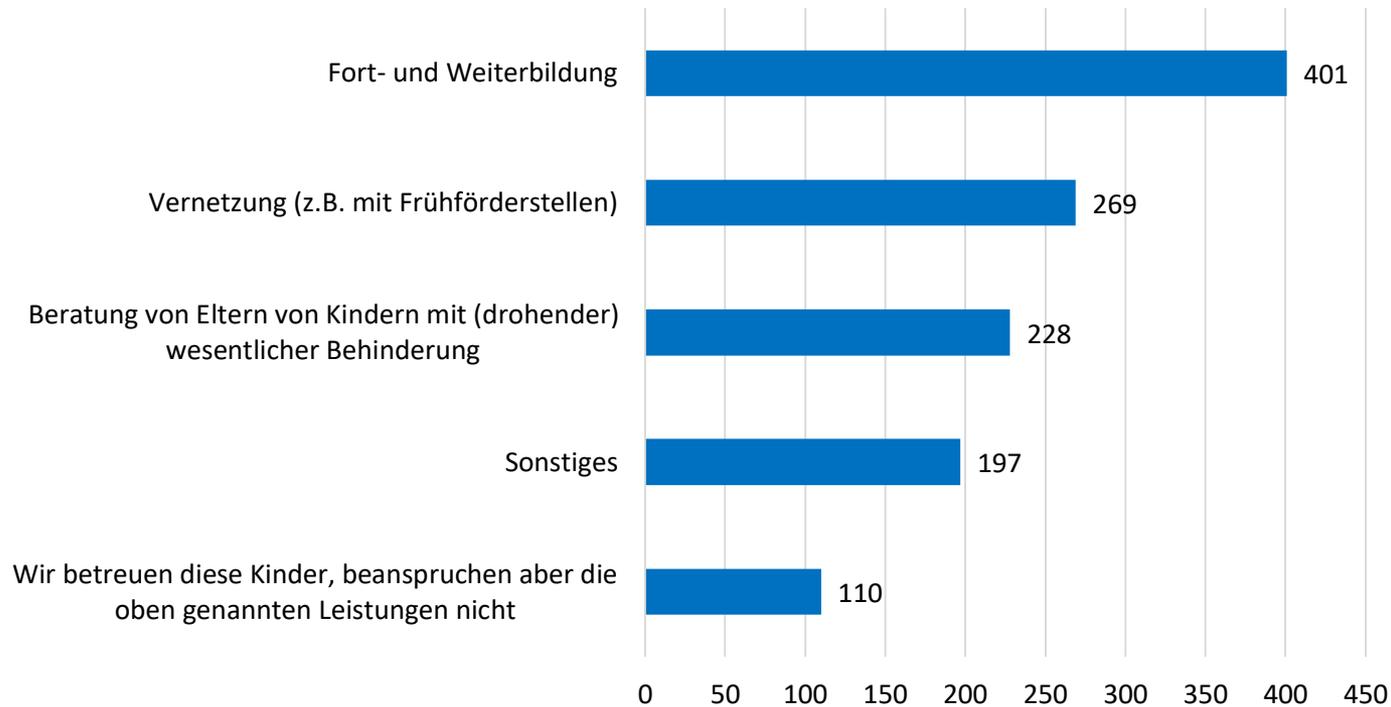
Inanspruchnahme der zusätzlichen LVR-Kindpauschale (Fink)	U3			963	215	0,22	0,78	0	11
	Ü3			964	3028	3,14	4,46	0	47

Anzahl der Integrationshelfer/innen	U3			959	48	0,05	0,26	0	2
	Ü3			959	782	0,82	1,48	0	14

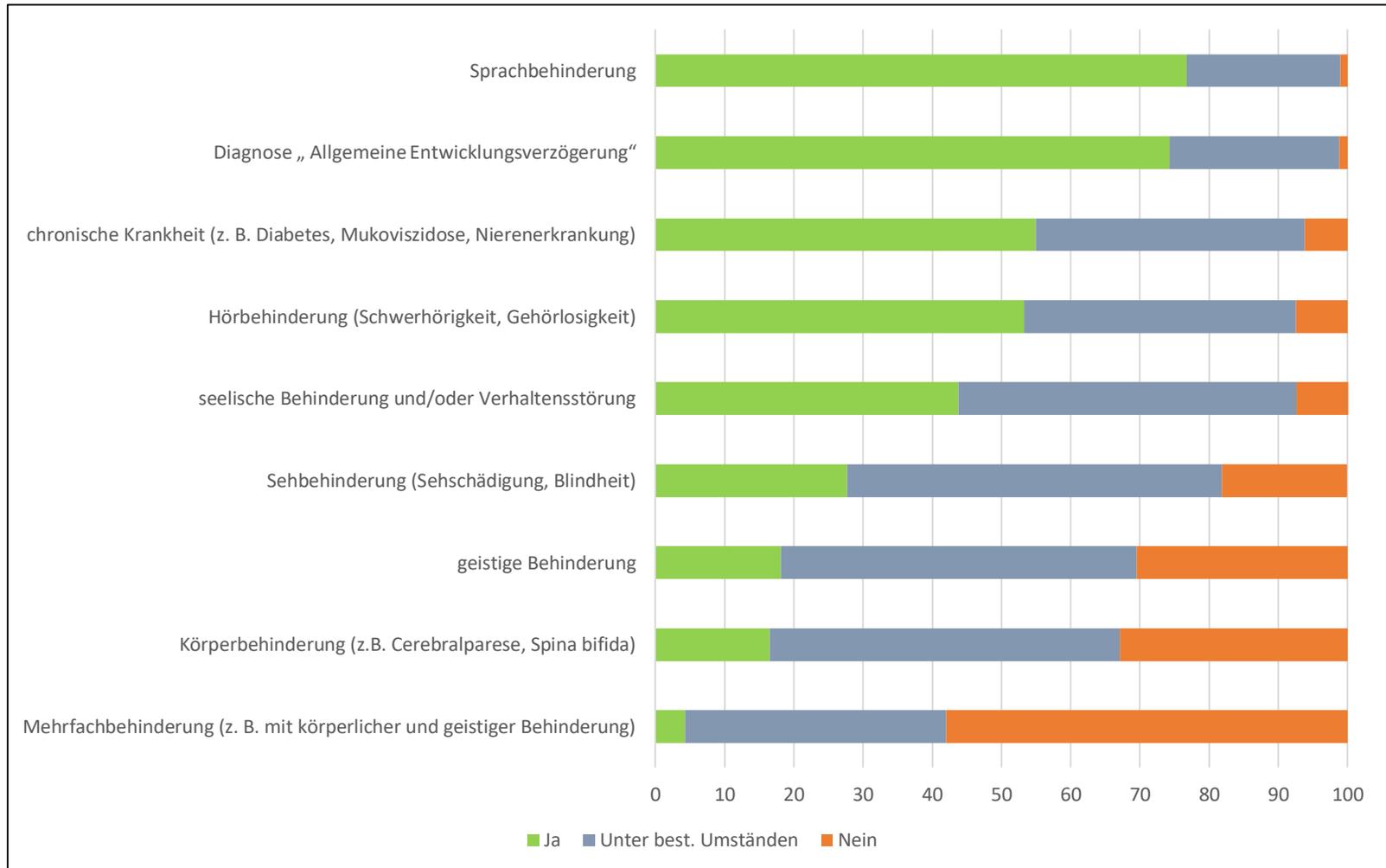
Verwendung der erhöhten Kindpauschale nach KiBiz



Verwendung der LVR-Kindpauschale (FInK)



Halten Sie die Aufnahme von Kindern mit den folgenden (drohenden) Behinderungen für möglich?



QUALITATIVE VERTIEFUNGSTUDIE

- **Pretest:** August 2018 mit 4 Pädagogischen Fachkräften
- **Durchführung:** September/Oktober 2018
- **Interviewtranskription:** Oktober/November 2018
- **Kodierung der Transkripte:** November 2018 bis Februar 2019

- Zufällige Auswahl der 8 **Klumpenstichproben** basierend auf den teilnehmenden Kitas der quantitativen Fragebogenerhebung
- **Zusammensetzung der Stichprobe:**
 - Jugendamtsvertreter/innen (n=7)
 - Trägervertreter/innen (n=2)
 - Fachberatungen (n=5)
 - Pädagogische Fachkräfte aus den Kitas (n=14)
 - Elternvertreter/innen (n=7)
 - 1 Vertreterin des Landesjugendamtes
- **Interviewanzahl:** 36 Experteninterviews

Struktur des Interviews

a) Kritik und b) Verbesserungsvorschläge in Bezug auf vorgegebene Themen

Themen des Interviews

1. Kindpauschale nach KiBiz
2. LVR-Kindpauschale (FInK)
3. Zusammenarbeit/Austausch/Kooperation mit jeweils anderen Akteursgruppen:
 - Eltern, Päd. Fachkräfte, Fachberatungen, Träger, Jugendamt, Kitaleitungen, Frühförderung, Grundschule
4. Fortbildungen
5. Umsetzung von Inklusion
 - Eigene Rolle/Funktion im inklusiven System bzw. im Kontext der Inklusion

- *„Mit der Einführung (FlnK), so ist zumindest mein Eindruck, ist die Feststellung einer Behinderung bei Kindern angestiegen. Also sie hat sozusagen eingeschlagen.“*
- *„Ja, zusätzlich Geld zu bekommen ist natürlich immer eine gute Sache, denke ich, weil man schon auch zusätzlichen Bedarf hat mit diesen Kindern und wenn man daraus schon einmal mehr machen kann, ist ja schon einmal schön.“*
- *„Die Intention (von Kibiz) ist auch genau richtig. Nämlich grundsätzlich die Gruppenstärken zu reduzieren, dafür dann die Pauschale nach dem KiBiz für diesen freien Platz zu nehmen, und das Kind mit Behinderung dann noch mal speziell durch die inklusive Kind-Pauschale zu fördern.“*

- *„Wieso denn eigentlich soll ich hier zustimmen, dass ein Platz freigehalten wird für ein Kind mit Behinderung (für einen FlnK-Platz, um 5.000 EUR vom LVR zu bekommen), während andere Kinder, die auch einen Platzbedarf haben, diesen Platz nicht bekommen. Und einfach keinen Platz bekommen.“*
- *„Also die FlnK-Pauschale heißt ja für jedes Kind, das die Anerkennung durch das Sozialamt nach §53 SGB12 hat, gibt es dann relativ fraglos und ohne größere Schwierigkeiten die 5.000 €. Das ist für die ersten drei Kinder in einer Einrichtung ein Problem, weil ich für 5.000 € kein Personal bekomme. Teilweise gehen Träger hin, und sagen: „Wir beantragen das gar nicht, sonst kriegen wir Geld und müssen es hinterher zurückzahlen, weil wir ja kein Personal dafür einstellen können. Da ist es viel einfacher und schneller möglich, Integrationshelfer zu bekommen.“*

Abschließende Fachtagung zur Rheinland-Kita-Studie

07.05.2019

Landeshaus des LVR

Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Frühkindlichen Bildung

Landesjugendhilfeausschuss am 29.11.2018

Übersicht

1. Weiterentwicklung der Personalvereinbarung
2. U6 Ausbau – investive Förderung



1. Weiterentwicklung der Personalvereinbarung

1.1 Sozialpädagogische Fachkräfte – neu aufgenommen

- Rehabilitationspädagoginnen und Rehabilitationspädagogen
- partieller Berufszugang für Personen aus einem Mitgliedstaat der EU
Voraussetzung:
Feststellung der Qualifikation für den Arbeitsbereich Kita durch die Bezirksregierung und Nachweis deutscher Sprachkenntnisse
- Lehrkräfte für die Primarstufe
Voraussetzung:
Weiterqualifizierung (160 Stunden) und Praxiserfahrung (6 Monate)
Bescheinigung des LJA auf Antrag des Trägers



1. Weiterentwicklung der Personalvereinbarung

1.2 Weitere Fachkräfte – neu aufgenommen

- Personen mit mind. 95 CP in handlungsrelevanten Feldern
Voraussetzung:
Praxiserfahrung (1 Jahr), davon 6 Monate vor Aufnahme der Tätigkeit
Bescheinigung des LJA auf Antrag des Trägers
- staatlich geprüfte Erzieherinnen und Erzieher ohne Berufspraktikum
Voraussetzung:
Praxiserfahrung (1 Jahr) und Weiterqualifizierung (160 Stunden)
Bescheinigung des LJA auf Antrag des Trägers

2. U6 Ausbau – investive Förderung

2.1 Kinderbetreuungsfinanzierung 2017-2020 Antragssituation im Rheinland zum Programm

- Zur Verfügung stehendes Budget dieses Förderprogramms für das Rheinland rd. 131,7 Mio. Euro
- Zunächst Budgetierung entsprechend der Bevölkerung unter 6 Jahren
- Bisher beantragt rd. 162,5 Mio. Euro
- Bisher bewilligt rd. 51,4 Mio. Euro
- Anzahl der vorliegenden Anträge: 841
- Anzahl der bewilligten Anträge: 455
- Nicht alle Jugendämter haben ihre Budgets mit Anträgen belegt; andere Jugendämter haben Anträge weit über ihr Budget hinaus gestellt.
(Stand 23.11.2018)



2. U6 Ausbau – investive Förderung

2.2 Bundesprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung 2017 - 2020 – Erlass MKFFI vom 15.11.2018

- Aufhebung der zugewiesenen Jugendamtsbudgets
- Überschreitung bis zum Dreifachen des eigenen Budgets für bis zum 31.10.2018 gestellte Anträge
- Vorbehalt der Anrechnung der Überschreitung auf künftige Förderprogramme
- Möglichkeit für Jugendämter, die ihr Budget noch nicht ausgeschöpft haben, weitere Anträge zu stellen – Vorrangregelung
- Keine Erhöhung der Budgets für Erhaltungsmaßnahmen; Budgeterhöhung ausschließlich für die Schaffung neuer Plätze



2. U6 Ausbau – investive Förderung

2.3 Haushaltsentwurf des Landes zur investiven Förderung

- Neue Landesprogramme zur investiven Förderung nach der Ergänzung zum Haushaltsgesetz 2019 (LT Drucksache 17/4100)
- Für 2019
94,1 Mio. Euro für Investitionen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege
- Für 2020
Bereitstellung von Rückflüssen aus 2019 im Kapitel 07040 des Landeshaushaltes für den investiven Ausbau der Kindertagesbetreuung
- Änderungen vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags zum Haushaltsgesetz

2. U6 Ausbau – investive Förderung

2.4 Ergebnisse der Prüfung des Landesrechnungshofes

Neue Aufgaben für die Landesjugendämter:

- Standardisierung der Kostenabgrenzung u3 / ü3
- Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen der Fördermittelabrufe
- Erweiterte Prüfung des Verwendungsnachweises
- Prüfung der Zweckbindung

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

**GEHÖRT
WERDEN!**

Projekt „Gehört werden!“

Zwischenbericht



Rahmendaten

- landesweites Projekt der Landesjugendämter Rheinland und Westfalen
- gefördert durch das MKFFI
- Kooperationspartner: Freie Wohlfahrtspflege NRW und VPK
- offizieller Projektbeginn: 01.07.2017
- Dauer: drei Jahre
- 1,5 pädagogische Vollzeitstellen
- 0,3 Verwaltungskraft



Zielgruppe

Junge Menschen aus stationären Erziehungshilfeeinrichtungen in NRW

Ziel

Entwicklung und Umsetzung einer landesweiten einrichtungsübergreifenden Beteiligungsstruktur durch und für diese jungen Menschen

d.h.: junge Menschen entscheiden, welche Themen sie in welchen Strukturen bearbeiten möchten

➔ Ergebnisoffenheit





Auftaktveranstaltung

- 10./11.03.18, Duisburg
- Teilnehmende: rund 80 junge Menschen und 40 Fachkräfte
- Themen: Partizipation & Kinderrechte



Konzeptentwicklung in einer Projektgruppe (junge Menschen & Fachkräfte)

- Was verstehen die jungen Menschen unter **Beteiligung**?
- Was sind **Themen**, die in landesweiten Beteiligungsstrukturen zum Tragen kommen könnten?
- Was können **Aufgaben und Ziele** landesweiter Beteiligungsstrukturen sein?
- Fünf mögliche **Bausteine landesweiter Beteiligung**:
 1. Zentrales Forum
 2. Regionale Foren
 3. Gewähltes Gremium
 4. Digitale Beteiligung
 5. Beteiligung in Projekten



Weitere Projektbausteine

- jährliche Wiederholung der zentralen Veranstaltung
- Konzeptionelle Ausgestaltung der fünf Beteiligungsformen
- Öffentlichkeitsarbeit
 - Homepage (www.gehoert-werden.de)
 - Informationsflyer
 - Projektpräsentationen in Fachkräftegremien
 - Pressemitteilungen, Publikationen
- Besuch von Partizipationsgremien der Einrichtungen
- Vernetzung mit anderen Bundesländern



Kontakt:

inga.abels@lvr.de

0221 809-6387

Informationen unter

www.gehoert-werden.de



**GEHÖRT
WERDEN!**

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!



**GEHÖRT
WERDEN!**

